

# Geschäftsverteilungsplan des Bundesfinanzhofes für das Jahr 1968

## A. Geschäftsverteilung

Präsident: Dr. h. c. Wolfgang Mersmann

Vizepräsident: Wilhelm Otto

Allgemeine Verwaltung, Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Geschäftsganges, Personal- und Verwaltungsangelegenheiten, Haushalts- und Kassenwesen

### Sachliche Zuständigkeit der Senate

#### I. Senat

1. Körperschaftsteuer,
2. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb natürlicher Personen mit den Anfangsbuchstaben M—Z,
3. Einkommensteuer (einschließlich Steuerabzug vom Kapitalertrag und Lohnsteuer) von natürlichen Personen und einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich um Fälle der beschränkten Steuerpflicht und um Fragen der Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen handelt und wenn sich daraus ergebende Fragen allein oder überwiegend zu beurteilen sind. Stehen andere Rechtsfragen von allgemeiner Bedeutung im Vordergrund, so ist der sonst nach dem Geschäftsverteilungsplan zu ständige Senat zuständig.
4. Gewerbesteuer, Kirchensteuer, Steuerabzug vom Kapitalertrag (einschließlich Pauschsteuer nach § 6 Abs. 2 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln und bei Überlassung von eigenen Aktien an Arbeitnehmer i. d. F. vom 2. Nov. 1961, BStBl I 1961, 707), Steuerabzug von aufsichtsratsvergütungen in den Fällen der Ziff. 1,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2 und 3,
6. Notopfer Berlin, Währungsnotopfer Westberlin (Gesetz vom 21. Juli 1949 — Verordnungsblatt für Groß-Berlin S. Nr. 217 —) in den Fällen zu Ziff. 1,
7. Zerlegung der Körperschaftsteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952).

#### II. Senat

1. Erbschaft- und Schenkungsteuer,
2. Grunderwerbsteuer,
3. Kapitalverkehrssteuern,
  - a) Gesellschaftsteuer,
  - b) Wertpapiersteuer,
  - c) Börsenumsatzsteuer,
4. Beförderungsteuer,
5. Kraftfahrzeugsteuer,
6. Rennwett- und Lotteriesteuer,
7. Versicherungssteuer,
8. Feuerschutzsteuer,
9. Wechselsteuer,
10. Rentenbankgrundschuldensachen,
11. Ostmarkumtauschabgabe (Berlin),
12. Umstellung und Erstattung von Reichssteuern aus der Zeit vor dem 8. Mai 1945 (Berlin),
13. Spielbankabgabe,
14. Urkundensteuer des Saarlandes,
15. Vergnügungssteuer,
16. Hundesteuer.

#### III. Senat

1. Einheitsbewertung und Bodenschätzung,
2. Vermögensteuer,
3. Grundsteuer, einschließlich Baulandsteuer (Grundsteuer C),
4. Baunotabgabe,
5. Soforthilfeabgabe und Soforthilfe-Sonderabgabe,
6. Hypothekensicherungsgesetz (Umstellungsgrundschuldeleistungen),

#### 7. Lastenausgleichsabgaben:

- a) Vermögensabgabe,
- b) Hypothekengewinnabgabe,
- c) Kreditgewinnabgabe,
- d) Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegsschäden,

#### 8. Landwirtschaftskammerbeiträge, Landwirtschaftskammerumlagen, Landwirtschaftskammerabgaben nach landesgesetzlichen Vorschriften.

#### IV. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
  - a) Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
  - b) Einkünfte aus Gewerbebetrieb für natürliche Personen mit den Anfangsbuchstaben A — L,
  - c) Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und aus selbständiger Arbeit für alle Personengesellschaften, aus Gewerbebetrieb nur für Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben, A — M,
3. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 1 und 2,
4. Zerlegung der Einkommensteuer (Zerlegungsgesetz vom 29. März 1952),
5. Gesonderte Gewinnfeststellung für gewerbliche Betriebe.

#### V. Senat

1. Umsatzsteuer ausschließlich der Umsatzausgleichsteuer,
2. Getränkesteuer.

#### VI. Senat

1. Einkommensteuer, soweit es sich handelt um
  - a) Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
  - b) Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
  - c) Einkünfte aus Kapitalvermögen,
  - d) Sonstige Einkünfte,
  - e) Sonderausgaben,
  - f) Zusammenveranlagung mit Kindern (§ 27 EStG 1963 und vorher),
  - g) Tarifvorschriften des § 32 EStG und der §§ 32a — 32c EStG 1955 ff., auch soweit die Zusammenveranlagung von Eheleuten (§§ 26, 26b EStG) wegen der Anwendung des Splittingtarifs streitig ist,
  - h) Außergewöhnliche Belastung (§§ 33 und 33a EStG),
2. Einheitliche Gewinnfeststellung, soweit es sich handelt um Einkünfte aus Gewerbebetrieb von Personengesellschaften mit den Anfangsbuchstaben N — Z,
3. Einheitliche Feststellung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
4. Lohnsteuer,
5. Gewerbesteuer in den Fällen zu Ziff. 2,
6. Steuerabzug vom Kapitalertrag, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
7. Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
8. Kirchensteuer, soweit nicht der I. Senat zuständig ist,
9. Wohnungsbau-Prämien,
10. Zerlegung der Lohnsteuer,
11. Bergmannsprämien,
12. Spar-Prämien,
13. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer,

soweit nur diese Fragen streitig sind,

14. Beiträge nach dem Bremischen Gesetz über die Arbeitnehmerkammern im Lande Bremen,
15. Investitionszulage nach dem Berlinhilfegesetz,
16. Vergünstigung für Arbeitnehmer in Berlin (West) nach dem Gesetz über Steuererleichterungen und Arbeitnehmervergünstigungen in Berlin (West) und nach dem Berlinhilfegesetz.

#### VII. Senat

1. Zollgesetz mit den dazugehörigen Zollordnungen,
2. Truppenzollgesetz,
3. Zolltarifgesetz mit Zolltarif,
4. Abschöpfungserhebungsgesetz vom 25. Juli 1962 mit Abschöpfungstarif,
5. a) Umsatzausgleichsteuer,  
b) Einfuhrumsatzsteuer,
6. Biersteuer,
7. Branntweinsteuer,
8. Essigsäuresteuer,
9. Gemeindeeinfuhrsteuer auf der Insel Helgoland,
10. Kaffeesteuer,
11. Leuchtmittelsteuer,
12. Mineralölsteuer,
13. Salzsteuer,
14. Schaumweinsteuer,
15. Spielkartensteuer,
16. Süßstoffsteuer,
17. Tabaksteuer,
18. Teesteuer,
19. Zuckersteuer,
20. Zündwarensteuer,
21. Branntweinmonopol,
22. Zündwarenmonopol,
23. Kohlenabgabe zur Förderung des Bergarbeiterwohnbaus im Kohlenbergbau,
24. Berliner Ausgleichsabgabe,
25. Schankerlaubnissteuer,
26. Reichsabgabenordnung bei Streitigkeiten über:
  - a) Hilfeleistung in Steuersachen (§ 107, § 107a AO und Steuerberatungsgesetz vom 16. August 1961 — BGBl. I S. 1301 —),
  - b) Aufrechnung, wenn der Rechtsstreit ausschließlich die Aufrechnung betrifft (§ 124 AO),
  - c) Abrechnungsbescheide (§ 125 AO), wenn die Steuerfestsetzungen nicht bestritten sind,
  - d) Verfügungen (§ 91 AO), die nach § 202 AO erzwingbar sind, und die Androhung und Festsetzung von Zwangsmitteln (§ 202 AO),
  - e) Festsetzung von Rechtsmittelgebühren und Erstattung von Gebühren und Auslagen für Personen, die geschäftsmäßig Hilfe in Steuersachen leisten (§§ 316, 322 und 323 der Reichsabgabenordnung in der bis 31. Dezember 1965 geltenden Fassung, § 257 der Reichsabgabenordnung in der seit 1. Januar 1966 geltenden Fassung),
  - f) Beitreibungsfragen (Rechtmäßigkeit von Pfändungen, Unpfändbarkeit von Gegenständen usw.), ausgenommen Arrestanordnung und Arrestvollzug,
27. Finanzgerichtsordnung bei Streitigkeiten über
  - a) Entscheidungen der Kosten- bzw. Urkundsbeamten bei den Finanzgerichten im Kostenansatz- bzw. Kostenfestsetzungsverfahren mit Ausnahme von Streitigkeiten allein über den Streitwert im Rahmen dieser Verfahren;
  - b) Beschlüsse der Finanzgerichte i. S. des § 21 Abs. 3 der Finanzgerichtsordnung,
28. Landesrechtlich geregelte Kosten, soweit der Finanzrechtsweg für die Hauptsache eröffnet ist.

#### Großer Senat

Fälle des § 11 Abs. 3 u. 4 i. V. mit § 184 Abs. 2 Ziff. 5 FGO

#### Anmerkungen

##### I. Ausnahmeregelungen

1. Abweichend von der vorstehenden Geschäftsverteilung hat ein Senat auch über eine ihm nicht zugeteilte Steuerart mit zu entscheiden, und zwar
  - a) in den Fällen, in denen die Vorinstanz verschiedene Steuerarten in einer Entscheidung zusammengefaßt

hat und keine materiell verschiedenen Rechtsfragen streitig sind,

- b) in den Fällen, in denen die Vorinstanz nach Steuerarten getrennte Entscheidungen getroffen hat, aber nur eine Rechtsfrage streitig ist, über die einheitlich entschieden werden muß.

In diesen Fällen ist für die gesamte Sache der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt.

2. Wenn der I., IV. oder VI. Senat für Fälle zuständig ist, in denen Schätzungen von Einkünften dem Grunde oder (und) der Höhe nach streitig sind, so sind diese Senate auch zuständig, soweit in diesen Fällen die Schätzungen neben Einkünften auch den Umsatz betreffen. Ist außer über die Schätzung noch über eine andere umsatzsteuerliche Frage zu entscheiden, so ist hinsichtlich der Umsatzsteuer — auch wegen der Schätzung des Umsatzes — der V. Senat zuständig.

##### II. Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen dem I., IV. und VI. Senat

- a) Für Streitsachen mit mehreren Streitpunkten, von denen einer die Höhe des Gewinns betrifft, ist grundsätzlich der I. oder der IV. Senat zuständig.
- b) Ist die Art der Einkünfte streitig, richtet sich die Zuständigkeit nach der Sachentscheidung der Vorinstanz.
- c) Ergibt sich die Zuständigkeit weder nach Ziff. 2 der Aufgabengebiete für den I. bzw. nach Ziff. 1 der Aufgabengebiete für den IV. und den VI. Senat im Geschäftsverteilungsplan noch nach vorstehender Ausnahme- und Abgrenzungsregelung, so ist der Senat zuständig, in dessen Aufgabengebiet die überwiegenden Einkünfte fallen.
- d) Sofern die Geschäftsverteilung in Fällen der einheitlichen Gewinnfeststellung eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, wird sie wie folgt vorgenommen:  
Trägt die Firmenbezeichnung Familiennamen, so ist immer der erste Buchstabe des ersten Familiennamens maßgebend, in den übrigen Fällen ist immer der erste Buchstabe der Firmenbezeichnung maßgebend.
- e) Sofern die Geschäftsverteilung bei natürlichen Personen eine buchstabenmäßige Abgrenzung vorsieht, richtet sich die Zuständigkeit in den Fällen, in denen der Steuerpflichtige verstorben oder in Konkurs gefallen ist, nach dessen Familiennamen.

##### III. Reichsabgabenordnung und Finanzgerichtsordnung

- a) Die Fachsenate entscheiden über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung, soweit nicht die Zuständigkeit des VII. Senats (Ziff. 26 und 27 der Aufgabengebiete des VII. Senats) gegeben ist. Sind mehrere Streitsachen desselben Steuerpflichtigen anhängig, so ist zur Entscheidung zuständig
  - 1) über Nichtzulassungsbeschwerden (§ 115 Abs. 3 FGO) der für die Sachfrage berufene Senat (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1,2),
  - 2) soweit ausschließlich über Fragen der Reichsabgabenordnung und der Finanzgerichtsordnung zu befinden ist, über die einheitlich entschieden werden muß (z. B. Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Rechtsmittelverzicht), der Senat, in dessen Aufgabengebiet die Steuerart mit dem höchsten Streitwert fällt (Anmerkungen zum Geschäftsverteilungsplan I 1).
- b) Die Säumniszuschläge werden — wie bisher — von den Senaten behandelt, die für die einzelnen Steuern zuständig sind.

##### IV. Saarland

Die saarländischen Steuern werden von denselben Senaten behandelt wie die entsprechenden Steuern in dem übrigen Teil der Bundesrepublik.

##### V. Zuständigkeit bei Abgabe von Streitsachen über Investitionszulage

Hat der I. oder IV. Senat vor dem 1. Januar 1967 einen Bescheid erlassen oder ein Urteil vorbehaltlich der Zustimmung dieser Senate beschlossen, so bleiben diese Senate für die mündliche Verhandlung oder für die endgültige Entscheidung nach Eingang der Stellungnahmen dieser beteiligten Senate zuständig.

## B. Besetzung der Senate mit Vertretungsregelung

**I. Senat**  
 Vorsitzender: Präsident Dr. h. c. Mersmann  
 Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Prof. Dr. von Wallis  
 Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. Grass  
 Bundesrichter Timm  
 Bundesrichter Dr. Birkholz  
 Bundesrichter Dr. Döllerer

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder  
 Bundesrichter Reinert für die Bundesrichter  
 Prof. Dr. von Wallis, Prof. Dr. Grass  
 und Timm  
 Bundesrichter Dr. Gräber für die Bundesrichter  
 Dr. Birkholz und Dr. Döllerer

**II. Senat**  
 Vorsitzender: Vizepräsident Otto  
 Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Fließbach  
 Weitere Mitglieder: Bundesrichter Conze  
 Bundesrichter Dr. Egly  
 Bundesrichter Dr. Sigloch  
 Bundesrichter Nergert  
 Bundesrichter Dr. Meßmer

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder  
 Bundesrichter Steinhardt für die Bundesrichter  
 Conze, Dr. Fließbach und Dr. Egly  
 Bundesrichter Dr. Förger für die Bundesrichter  
 Dr. Sigloch, Nergert und  
 Dr. Meßmer

**III. Senat**  
 Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Ringleb  
 Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Stenger  
 Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Dopatka  
 Bundesrichter Huhn  
 Bundesrichter Bachelin  
 Bundesrichter Steinhardt  
 Bundesrichter Dr. Förger

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder  
 Bundesrichter Linder für die Bundesrichter  
 Dr. Stenger, Dr. Dopatka und  
 Dr. Förger  
 Bundesrichter Dr. Döllerer für die Bundesrichter  
 Huhn, Bachelin und Steinhardt

**IV. Senat**  
 Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Grieger  
 Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Berger  
 Weitere Mitglieder: Bundesrichter Dr. Littmann  
 Bundesrichter Rademacher  
 Bundesrichter Dr. Gräber  
 Bundesrichter Görbing

Regelmäßige Vertreter der Mitglieder  
 Bundesrichter Dr. Birkholz für die Bundesrichter  
 Dr. Berger, Dr. Littmann und  
 Rademacher  
 Bundesrichter Kessel für die Bundesrichter  
 Dr. Gräber und Görbing

**V. Senat**  
 Vorsitzender: Senatspräsident Wauer  
 Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Dr. Malitzky  
 Weitere Mitglieder: Bundesrichter Prof. Dr. List  
 Bundesrichter Voigt  
 Bundesrichter Linder  
 Bundesrichter Knopp

### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Dr. Prugger für die Bundesrichter  
 Dr. Malitzky, Voigt und Knopp  
 Bundesrichter Dr. Schwarz für die Bundesrichter  
 Prof. Dr. List und Linder

### VI. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Hartz  
 Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Barske  
 Weitere Mitglieder: Bundesrichter Kessel  
 Bundesrichter Dr. Siméon  
 Bundesrichter Reinert

### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Görbing für die Bundesrichter  
 Kessel und Reinert  
 Bundesrichter Rademacher für die Bundesrichter  
 Barske und Dr. Siméon

### VII. Senat

Vorsitzender: Senatspräsident Dr. Rahn  
 Regelmäßiger Vertreter: Bundesrichter Prof. Dr. Mattern  
 Weitere Mitglieder: Bundesrichter Edsperger  
 Bundesrichter Dr. Schwarz  
 Bundesrichter Dr. Prugger

### Regelmäßige Vertreter der Mitglieder

Bundesrichter Prof. Dr. List für die Bundesrichter  
 Edsperger, Dr. Schwarz und  
 Dr. Prugger  
 Bundesrichter Dr. Sigloch für den Bundesrichter  
 Prof. Dr. Mattern

### Großer Senat

Vorsitzender: Präsident Dr. h. c. Mersmann

Bestellte Mitglieder:	Bestellte Vertreter:
1. Senatspräsident Dr. Grieger	Bundesrichter Görbing
2. Senatspräsident Dr. Ringleb	Bundesrichter Reinert
3. Bundesrichter Barske	Bundesrichter Dr. Siméon
4. Bundesrichter Prof. Dr. von Wallis	Bundesrichter Dr. Döllerer
5. Bundesrichter Steinhardt	Bundesrichter Voigt
6. Bundesrichter Prof. Dr. List	Bundesrichter Dr. Egly

### Anmerkungen

1. Nach welchen Grundsätzen die Mitglieder an den Verfahren mitwirken, bestimmen die Vorsitzenden der Senate (§§ 8, 10 FGO).
2. Fehlt bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern bei einer Sitzung ein Richter, so tritt an seine Stelle der an sich für diese Sitzung nach der Regelung des Senatspräsidenten gemäß § 8 Abs. 2 FGO ausgeschlossene Richter. Fehlen bei einem Senat mit mehr als fünf Mitgliedern zwei Richter, so tritt der Vertreter des dienstältesten fehlenden Richters an dessen Stelle.
3. Im Falle der Verhinderung eines regelmäßigen Vertreters tritt der zweite für Mitglieder des gleichen Senats bestimmte regelmäßige Vertreter für ihn ein. Die weitere Vertretung regelt sich nach § 67 GVG.